

Revision 04 – 08.06.2020

ENTWURF

Ändere/Vervollständige dieses Dokument wie folgt:

1. Trage hinter „von“ Deine persönlichen Daten ein.
2. Verwende gern wahlweise die „Standard“-Forderungen oder die schärfer formulierten Forderungen von XR – und lösche den nicht gewählten Block.
3. Ergänze Deine eigenen Träume und Ideen von einem lebenswerten, klimagerechten Europa
4. Lösche diese Box. Speichere diese Datei im PDF-Format zum späteren Hochladen in der EU-Befragung.

Von: Maria Muster, Musterweg 1, 12345 Musterhausen

„Standard“

- In meinem Europa werden im Jahre 2030 weder Strom noch Wärme aus fossilen Energieträgern gewonnen. Ich erwarte von der europäischen Gesetzgebung ordnungspolitische Maßnahmen, die die Verbrennung von Brennstoffen aus Kohle, Erdgas und Erdöl unwirtschaftlich machen. Für die Energieversorgung Europas wird der erneuerbare Energiesektor massiv ausgebaut.
- Dazu wird die dezentrale erneuerbare Energieerzeugung, welche der lokalen Bevölkerung zugutekommt, (energetisch, finanziell) gefördert.
- Ich unterstütze die Initiative von Frans Timmermans, die Verringerung der Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 65% als Zielwert zu vereinbaren.
- Ich fordere die EU auf, einen CO₂-Preis von 250€ pro Tonne bis 2025 über alle Sektoren einzuführen. Diese Maßnahme sorgt für eine ordnungspolitische Lenkungswirkung.

XR-Version

- Mein Europa muss jetzt handeln, um das Artensterben zu stoppen und die Treibhausgasemissionen bis zum Jahre 2025 auf Nettonull zu senken.
- In meinem Europa werden im Jahre 2025 weder Strom noch Wärme aus fossilen Energieträgern gewonnen. Ich erwarte von der europäischen Gesetzgebung ordnungspolitische Maßnahmen, die die Verbrennung von Brennstoffen aus Kohle, Erdgas und Erdöl unwirtschaftlich machen. Für die Energieversorgung Europas wird der erneuerbare Energiesektor massiv ausgebaut.
- Dazu wird die dezentrale erneuerbare Energieerzeugung, welche der lokalen Bevölkerung zugutekommt, (energetisch, finanziell) gefördert
- Ich fordere die EU auf, einen CO₂-Preis von 250€ pro Tonne bis 2023 über alle Sektoren einzuführen. Diese Maßnahme sorgt für eine ordnungspolitische Lenkungswirkung.

weitere Forderungen:

- In meinem Europa werden KFZ mit Verbrennungsmotoren ab 2025 nicht mehr zugelassen.
- In meinem Europa ist Klimagerechtigkeit nicht nur ein Wort. Sie wird durch die Schaffung von wirksamen und rechtsverbindlichen Instrumenten gestützt. Unternehmen, die in Europa tätig sind oder nach Europa liefern, müssen die Menschenrechte wahren. Von Projekten negativ Betroffene benötigen Klagemöglichkeiten sowohl in ihren Heimatländern als auch in den

Ländern, wo die für die Projekte verantwortlichen Unternehmen ihren Sitz haben. Unternehmen sind verpflichtet, ihre Lieferketten offenzulegen und auf die Einhaltung der Menschenrechte hin zu überprüfen.

- Es sollte kein Mercosur-Abkommen geben, solange im Amazonas-Gebiet weiter Regenwald abgeholzt und brandgerodet wird. Denn dieses Abkommen fördert billigen europäischen Konsum von Fleisch, Soja und Palmöl. Die EU muss in ihren Klimazielen auch die Verantwortung für den Schutz des Regenwaldes übernehmen.
- Europa überprüft und verschärft die in EU-Durchführungsbeschlusses 2017/1442 enthaltenen Grenzwerte für Großfeuerungsanlagen bis spätestens 2022. Anlagen, die nicht mehr nach bester verfügbarer Technik betrieben werden, müssen zwingend nachgerüstet oder zu den jeweiligen Stichtagen vom Netz genommen werden.

Ich unterstütze die Kampagne „The Green New Deal for Europe“ (<https://report.gndforeurope.com/>). Insbesondere die folgenden Aspekte sind mir dabei wichtig:

- Europa erkennt bis Mitte 2021 an, dass Klimaschäden und Ökozid ein Verbrechen sind.
- Europa führt bis Anfang 2022 eine Umweltmissbrauchsrichtlinie zur Kodifizierung des zivilrechtlichen Fehlverhaltens für die Beteiligung an Klimaschäden, mit persönlicher und strafrechtlicher Haftung für diejenigen, die von der Verschmutzung profitieren, ein.
- Europa setzt sich dafür ein, dass das internationale Strafrecht neu aushandeln wird. Klimaschäden, die einem Ökozid gleichkommen, sollen als “Verbrechen gegen die Menschheit” anerkannt werden.
- Europa führt Gesetze und Verordnungen ein, die bis spätestens 2025 einen Rahmen dafür setzen, dass die europäischen Volkswirtschaften innerhalb der planetarischen Grenzen operieren.
- Europa veranlasst bis spätestens 2023 eine detaillierte Datenerhebung über den Zustand der Ökosysteme und setzt fortlaufend neue Zielvorgaben für die biologische Vielfalt in der gesamten EU.
- Europa führt bis 2022 Gesetze zur Schließung von Steueroasen ein.
- Europa führt bis 2022 eine neue “Euro 7”-Abgasnorm ein, um die Produktion von Fahrzeugen mit fossilen Brennstoffen ab spätestens 2025 zu unterbinden.
- Europa initiiert bis spätestens 2022 die Neuverhandlung des Internationalen Übereinkommens zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe. Ziel ist die Dekarbonisierung der Schiffsflotten vorzuschreiben.
- Europa ändert bis 2022 die Elektrizitätsrichtlinie, die Erneuerbare-Energien-Richtlinie und die Gasrichtlinie, um 100 Prozent saubere und nachhaltige Energieerzeugung bis spätestens 2028 vorzuschreiben.
- Europa steigt bis spätestens 2021 vollständig aus der Subventionierung von fossilen Brennstoffen aus.
- Europa verstärkt bis spätestens 2021 die Verbraucherrechte auf Produkte von dauerhafter und beständiger Qualität bei gleichzeitiger gesetzlicher Verankerung des Rechts auf Reparatur und Wiederverwertbarkeit.
- Europa führt bis 2021 eine neuen Richtlinie für Supermärkte und Geschäfte ein, die eine CO₂- und Lebensmittelampel, den Verzicht auf unnötige Verpackung, einen CO₂-armen Transport, einen existenzsichernden Lohn für landwirtschaftliche Arbeitskräfte und einen wirksamen Vollzug vorschreibt.
- Europa führt bis 2022 Vorschriften ein, die sowohl für nationale als auch für internationale Lieferketten gelten. Diese stellen sicherstellen, dass eine Reduzierung des

Materialdurchsatzes in Europa erreichen wird und beruhen auf den Grundsätzen von Gerechtigkeit.

- Mein Europa sorgt dafür, dass Unternehmen für Klimarisiken und Verzögerungen beim Ausstieg aus fossilen Brennstoffen Verantwortung übernehmen müssen — für verursachte Schäden muss eine volle Entschädigung gezahlt werden. Der politische Rahmen wird bis spätestens Mitte 2021 gesetzt.
- Europa beschleunigt die Arbeit der technischen Sachverständigengruppe für nachhaltige Finanzwirtschaft und integriert die Taxonomie sozialer und grüner Investitionen in den neuen aufsichtsrechtlichen Rahmen bis spätestens Ende 2021.
- Europa ändert den europäischen aufsichtsrechtlichen Rahmen zur Ahndung von Investitionen in nicht-erneuerbare Energien auf der Grundlage der neuen Taxonomie bis Anfang 2021. Neben der Einführung eines neuen “braunen Straffaktors” für Banken und Versicherungen muss dieses Prinzip auf Wertpapierfinanzierungsgeschäfte ausgeweitet werden, indem “braune Strafabschläge” auf Margen für diese Geschäfte eingeführt werden.
- Europa führt bis Mitte 2022 Gesetze zur Trennung von Geschäfts- und Investmentbanking ein.
- Europa erweitert bis Mitte 2021 das Mandat der europäischen Finanzaufsichtsbehörden, um die Fortschritte anhand von Klima-, Umwelt- und Sozialindikatoren zu überwachen — und die reibungslose Umsetzung der neuen Anforderungen zu fördern.
- Europa verändert bis Mitte 2021 die Gesellschaftsrechtsrichtlinie um die Pflicht von Unternehmen in erneuerbare und nachhaltige Energie, Transport, Gebäude und andere Praktiken zu investieren. Dies wird mit einer Vervielfachung des Schadenersatzes für Verspätungen bei der Umsetzung, durchsetzbar von Investoren*innen, Arbeitnehmer*innen, Gläubigern*innen und repräsentativen Umweltgruppen gekoppelt.
- Europa versetzt bis Mitte 2021 Unternehmen und andere in die Lage, transparente Vereinbarungen zur Beseitigung von Treibhausgasemissionen, Abfall und Umweltverschmutzung zu treffen, die von den Wettbewerbsregeln ausgenommen sind.
- Mein Europa macht Agrarsubventionen bis spätestens Mitte 2021 davon abhängig, dass die “im Umweltinteresse genutzten Flächen” mit Wäldern, Wiesen und Renaturierung von fünf Prozent auf 20-50 Prozent der bewirtschafteten Fläche erhöht werden.
- Mein Europa macht bis spätestens Mitte 2021 Zahlungen für die Landwirtschaft von nachhaltiger Landbewirtschaftung abhängig, einschließlich der Abschaffung aller unnötigen Bodenbearbeitung, Düngung, Pestizide und Maschinen, um der Bindung und Reduzierung von CO₂ Vorrang einzuräumen.
- In meinem Europa laufen die Subventionen für große landwirtschaftliche Unternehmen und Betriebe während einer Übergangszeit bis spätestens 2025 aus.
- Mein Europa verabschiedet bis spätestens Mitte 2021 eine gemeinsame Lebensmittelpolitik; ein politischer Rahmen, der die politischen Maßnahmen in den verschiedenen Sektoren, die sich auf die Systeme der Lebensmittelproduktion auswirken, neu ausrichtet, widersprüchlichen politischen Zielen und ihren versteckten Kosten ein Ende setzt und den Handel in den Dienst der nachhaltigen Entwicklung stellt.

Ich unterstütze die HealthyRecovery-Kampagne der World Medical Association und weiteren Organisationen (siehe <https://healthyrecovery.net/>). Insbesondere die folgenden Aspekte sind mir dabei wichtig:

- Luftverschmutzung schwächte vor COVID-19 bereits unsere Körper deutlich - hauptsächlich durch Verkehr, ineffizienten Energieverbrauch in Wohngebieten zum Kochen und Heizen, Kohlekraftwerke, Verbrennung fester Abfälle und landwirtschaftliche Praktiken.

Luftverschmutzung erhöht das Risiko für die Entwicklung und die Schwere von:

- o Lungenentzündung,
- o chronisch obstruktiver Lungenerkrankung,
- o Lungenkrebs,
- o Herzerkrankungen und
- o Schlaganfällen.

Dies führt jedes Jahr zu sieben Millionen vorzeitigen Todesfällen.

Luftverschmutzung führt auch zu ungünstigen Schwangerschaftsverläufen mit niedrigem Geburtsgewicht und Asthma, was unsere Gesundheitssysteme weiter belastet.

Eine wirklich gesunde und nachhaltige wirtschaftliche Erholung lässt es nicht zu, dass die Luft, die wir atmen, und das Wasser, das wir trinken, weiterhin verschmutzt werden. Mein Europa wird keinen unverminderten Klimawandel und keine Abholzung der Wälder zulassen und damit neue Gesundheitsbedrohungen für gefährdete Bevölkerungsgruppen vermeiden.

In einer gesunden EU-Wirtschaft und EU-Zivilgesellschaft werden die am stärksten Gefährdeten unter uns betreut. Alle Arbeitnehmer*innen haben Zugang zu gut bezahlten Arbeitsplätzen, die die Umweltverschmutzung oder die Verschlechterung der Natur nicht verschlimmern. Städte priorisieren Fußgänger, Radfahrer und öffentliche Verkehrsmittel und unsere Flüsse und Himmel sind geschützt und sauber. Die Natur gedeiht, unser Körper ist widerstandsfähiger gegen Infektionskrankheiten und niemand wird aufgrund der Gesundheitskosten in die Armut gedrängt.

Um diese gesunde Wirtschaft zu erreichen, müssen wir intelligentere Anreize und Restriktionen im Dienste einer gesünderen, widerstandsfähigeren Gesellschaft einsetzen. Wenn die EU-Regierungen die derzeitigen Subventionen für fossile Brennstoffe grundlegend abschaffen und die Mehrheit dieser Subventionen auf die Erzeugung sauberer erneuerbarer Energien verlagern, wäre unsere Luft sauberer und die Klimaemissionen würden massiv reduziert werden. Dies führte zu einer wirtschaftlichen Erholung – der zu erwartende globalen BIP-Gewinn macht nach Prognosen 90 Billionen € bis 2050 aus. (siehe <https://www.irena.org/newsroom/pressreleases/2020/Apr/Renewable-energy-can-support-resilient-and-equitable-recovery>)

Wenn wir in Europa unsere Aufmerksamkeit auf die Entwicklungen nach COVID-19 lenken, müssen führende Mediziner*innen und wissenschaftliche Berater*innen direkt an der Erstellung aller Konjunkturpakete beteiligt werden.

Bei den enormen Investitionen, die die EU in den kommenden Monaten in Schlüsselsektoren wie Gesundheitswesen, Verkehr, Energie und Landwirtschaft tätigen wird, müssen Gesundheitsschutz und Gesundheitsförderung im Mittelpunkt stehen.

Was Europa und die Welt jetzt brauchen, ist eine #HealthyRecovery. Unsere Konjunkturpläne müssen genau darauf ausgerichtet sein.